

Mädchenbericht 2018

POLITISCHE TEILHABE VON MÄDCHEN UND JUNGEN FRAUEN STÄRKEN

ZUSAMMENFASSUNG

Mädchen und junge Frauen werden - insbesondere in Entwicklungsländern - in ihren politischen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten stark eingeschränkt. Das hat zur Folge, dass sie selbst keinen oder kaum Einfluss auf soziale Normen und politische Rahmenbedingungen, die ihre Lebensumstände bestimmen, haben. Daher ist das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit fest in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen verankert.

Allerdings sind die Fortschritte hin zu mehr Gleichberechtigung und mehr politischer Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen bei weitem noch nicht ausreichend: Mädchen und junge Frauen sind auch heute noch die weltweit am meisten diskriminierte und ausgeschlossene Gruppe. Umso mehr müssen Mädchen und junge Frauen darin bestärkt werden, ihre Stimme zu erheben und ihre Rechte einzufordern. Können Mädchen und junge Frauen aktiv am sozialen und politischen Leben teilhaben, können sie auch sozialen und politischen Wandel herbeiführen - für sich selbst, aber auch für ihr Umfeld.

Fragestellung und Methodik

Der Mädchenbericht 2018 untersucht, was die internationale Gebergemeinschaft und insbesondere die deutsche Bundesregierung tut, um die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern zu stärken. Dazu wurden folgende **Leitfragen** untersucht:

- Welche Länder sind beispielhaft in der internationalen Gebergemeinschaft (Best Practices), hinsichtlich der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen in Entwicklungsländern?
- Was tut die deutsche Bundesregierung, um die politische Teilhabe von Mädchen und junge Frauen in Entwicklungsländern zu bestärken? Wie schneidet sie im Vergleich zu anderen Geberländern ab?

Zunächst wurde anhand einer quantitativen Analyse der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance - ODA) der 30 OECD-Geberländer ermittelt, wie hoch der ODA-Anteil ist, der für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen verwendet wird. Anhand dieser Ergebnisse sowie einer qualitativen Dokumentenanalyse und Experteninterviews wurden die Best-Practice-Länder ermittelt und das Engagement der Bundesregierung in den internationalen Kontext eingeordnet.

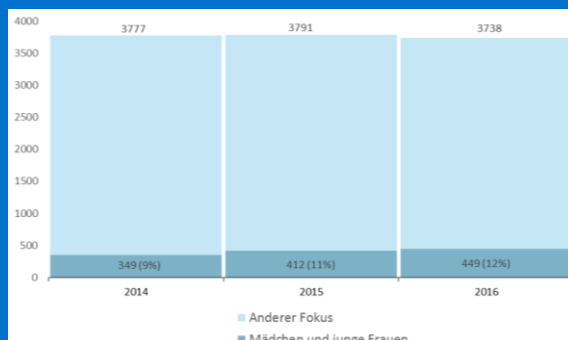
Zentrale Ergebnisse

Finanzielle Unterstützung für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Wichtigkeit politischer Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen durchaus erkannt wird, allerdings sind die zur Verfügung gestellten **Finanzmittel vergleichsweise gering**. Zusammen kommen 30 Geberländer auf 403 Millionen US-Dollar bilateraler ODA pro Jahr im Zeitraum 2014 bis 2016. Das entspricht einem Anteil von 0,46 Prozent ihrer gesamten bilateralen ODA.

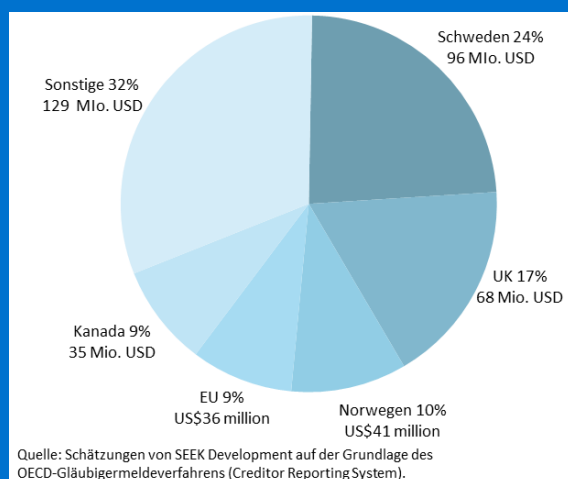
Lediglich fünf Geberländer geben mehr als ein Prozent ihrer Gesamt-ODA für politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen aus.

Abbildung 1: Bilaterale ODA für politische Teilhabe mit Fokus auf Mädchen und junge Frauen in Mio. USD als Anteil an der gesamten bilateralen ODA für politische Teilhabe, 2014-2016



Der Großteil - zwei Drittel - der ODA-Mittel für politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen wird von fünf Gebern (Schweden, Großbritannien, Norwegen, EU-Institutionen und Kanada) bereitgestellt. Das zeigt, dass erstens nur wenige Geberländer das Thema auch finanziell unterstützen. Zweitens ist diese Finanzierung gemessen an der Bedeutung des Themas vergleichsweise gering.

Abbildung 2: Wichtigste Geber für die Stärkung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen, durchschnittliche Fördervolumen und Anteil an der Gesamtsumme 2014-2016



Die meisten ODA-Mittel fließen direkt in Maßnahmen und Projekte, die die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen direkt fördern oder in Maßnahmen und Projekte im Bereich Menschenrechte. Die Analyse der Projekte anhand von fünf OECD Sub-Sektoren hat ergeben, dass der Großteil der ODA-Mittel für Projekte verwendet wird, die sich auf die demokratische Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen beziehen (34 Prozent). Dicht darauf folgen Projekte, die sich auf die Stärkung der Menschenrechte fokussieren (32 Prozent). Im Durchschnitt geht ein Viertel (24 Prozent) aller ODA-Mittel für politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen an Organisationen, die sich für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Der Rest geht an Maßnahmen, die Gewalt gegen Mädchen und Frauen bekämpfen (9 Prozent) sowie Medienprojekte (1 Prozent).

Den Großteil der ODA-Mittel für politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen erhalten Länder in Subsahara-Afrika. Im Zeitraum von 2014 bis 2016 flossen 37 Prozent der entsprechenden ODA-Mittel in diese Region.

Best-Practice-Länder

Drei Geberländer - Schweden, Kanada und die Niederlande - wurden als Best Practice-Beispiele identifiziert. Das ist zum einen auf ihre finanziellen Zusagen für politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen zurückzuführen, zum anderen auf ihren strategischen Fokus sowie ihr internationales Engagement.

- In **Schweden** wird auf höchster Regierungsebene durch die „feministische Außenpolitik“ ein starkes Zeichen für Gleichberechtigung gesetzt. Auch die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen wird dadurch aktiv gefördert.
- Auch **Kanada** hat Geschlechtergerechtigkeit durch seine „feminist international assistance policy“ zur obersten Priorität seiner Entwicklungspolitik erklärt. Erklärtes Ziel ist es, 15 Prozent der gesamten ODA in Projekte fließen zu lassen, die Geschlechtergerechtigkeit als Hauptziel haben und damit auch die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen fördern.
- Die **Niederlande** fördert und fordert politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen auf internationaler Ebene, zum Beispiel durch die Initiierung der „SheDecides“-Bewegung

Übersicht der Best-Practice-Länder

	Schweden	Kanada	Niederlande
ODA-Mittel (2014-2016 jährlicher Durchschnitt)	<ul style="list-style-type: none"> 96 Mio. USD 2,4 Prozent der gesamten bilateralen ODA 	<ul style="list-style-type: none"> 35 Mio. USD 1,3 Prozent der gesamten bilateralen ODA 	<ul style="list-style-type: none"> 22 Mio. USD 0,6 Prozent der gesamten bilateralen ODA
Strategischer Fokus	<ul style="list-style-type: none"> Feministische Außenpolitik (2015-2018) <ul style="list-style-type: none"> > Politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen als eine von sechs strategischen Prioritäten Strategie für die globale Gleichberechtigung der Geschlechter und die Rechte von Frauen und Mädchen (2018-2022) <ul style="list-style-type: none"> > Zielt auf die Beseitigung struktureller Barrieren für die politische Teilhabe von Mädchen und Frauen ab 	<ul style="list-style-type: none"> Feministische Entwicklungspolitik (2017) <ul style="list-style-type: none"> > Gleichberechtigung und Stärkung von Mädchen und Frauen als Handlungsschwerpunkt > Selbstbestimmung und Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen sollen in allen Sektoren und Projekten gestärkt werden 	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklungspolitik (2018-2021) <ul style="list-style-type: none"> > Geschlechtergerechtigkeit und die Stärkung von Mädchen und Frauen als übergreifendes Ziel > Politische Teilhabe als erstes Ziel hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit
Internationales Engagement	<ul style="list-style-type: none"> Setzt sich auf internationaler Ebene für die Aufschlüsselung von Daten nach Alter und Geschlecht ein Politische und finanzielle Unterstützung von „SheDecides“ und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte Höchste Beiträge für UN Women 	<ul style="list-style-type: none"> G7 Präsidentschaft 2018 <ul style="list-style-type: none"> > stellte Gleichberechtigung und Stärkung von Frauen in den Mittelpunkt der G7-Agenda Sitz in der UN Frauenrechtskommission <ul style="list-style-type: none"> > Bezieht kanadische zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv mit ein 	<ul style="list-style-type: none"> Ernannte die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates während der nichtständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 2018 zur Priorität Initiierung und Unterstützung der „SheDecides“-Bewegung
Bilaterale Programme und deren Implementierung	<ul style="list-style-type: none"> Geschlechtergerechtigkeit als Voraussetzung für Partnerschaften Programme konzentrieren sich darauf, Mädchen und jungen Frauen Selbstbestimmung zu ermöglichen 	<ul style="list-style-type: none"> 15 Prozent der kanadischen bilateralen ODA sollen bis 2021/22 unmittelbar Mädchen und Frauen zugutekommen, 80 Prozent indirekt Unterstützt die Aufschlüsselung von Daten nach Alter und Geschlecht in allen bilateralen Entwicklungsvorhaben 	<ul style="list-style-type: none"> Starke Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Förderung der politischen Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen einsetzen, insbesondere lokale NRO Flexible Finanzierung in 5-Jahres-Zeiträumen

Engagement der deutschen Bundesregierung

Bei genauerer Betrachtung, zeigt sich, dass hinsichtlich der finanziellen Unterstützung von politischer Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen noch Verbesserungsbedarf besteht. In absoluten Zahlen ist Deutschland der siebtgrößte Geber (22 Millionen US-Dollar pro Jahr im Zeitraum 2014 bis 2016), vergleicht man jedoch den Anteil an der gesamten ODA, fällt Deutschland auf den 19. Platz zurück. Die maßgebliche Strategie des Entwicklungsministeriums - der Gender Aktionsplan 2016 bis 2020 - sowie die entsprechenden Road Maps zu deren Umsetzung betonen die Wichtigkeit politischer Teilhabe von Frauen, haben aber kein eigenes Budget und identifizieren Mädchen nicht als eine eigene Zielgruppe.

Sieben Empfehlungen an die deutsche Bundesregierung

1. Die finanzielle Unterstützung für die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen muss ausgeweitet werden.

Daher muss das BMZ in Erwägung ziehen, für den Gender Aktionsplan 2016-2020 einen eigenen Finanzrahmen bereitzustellen. Ein bestimmter Betrag oder Teil davon muss dann der Förderung von Mädchen und jungen Frauen zugewiesen werden.

Des Weiteren muss das BMZ dafür sorgen, dass ein bestimmter Anteil oder eine bestimmte Summe der bilateralen Fördermittel Gleichberechtigung als Hauptziel hat (Genderkennung

GG2). Der Dachverband der deutschen Nichtregierungsorganisationen für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe (VENRO) fordert, dass jährlich 200 Millionen Euro von Deutschlands bilateralen Fördermitteln GG2-Projekten vorbehalten bleiben müssen. Plan International Deutschland unterstützt diese Forderung und fordert zudem, dass nach kanadischem Vorbild langfristig 15 Prozent der bilateralen ODA spezifisch zur Förderung von Gleichberechtigung und der politischen Teilhabe von Mädchen und Frauen eingesetzt werden.

2. Mädchen müssen als eigenständige Zielgruppe identifiziert werden, statt „Frauen und Mädchen“ zu einer Gruppe zusammenzufassen. Bei der nächsten Aktualisierung der Schlüsselstrategien müssen Grundsätze und Maßnahmen aufgenommen werden, die explizit die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen berücksichtigen.

3. Bei der nächsten Aktualisierung des Konzepts zur Gleichberechtigung der Geschlechter und des Gender Aktionsplans muss ein inklusiver und transparenter Konsultationsprozess gewährleistet werden.

Das BMZ muss einen inklusiven und transparenten Dialogprozess mit der Zivilgesellschaft und internationalen Expertinnen und Experten sowie Fachleuten sicherstellen. Mädchen und junge Frauen müssen ebenso wie Organisationen, die für sie und mit ihnen arbeiten, aktiv an dem Prozess beteiligt werden.

Die Empfehlungen aus dem Konsultationsprozess müssen vom BMZ bei der Entwicklung neuer Strategien auf sinnvolle Weise berücksichtigt werden.

4. Es muss sichergestellt werden, dass Mädchen und junge Frauen aktiv an der Entwicklung und Implementierung, am Monitoring und an der Evaluierung der Projekte beteiligt werden, die das BMZ fördert.

Eine Voraussetzung dafür ist, dass das Schwerpunktthema politische Teilhabe, Mitbestimmung

und Repräsentation (*Participation, Voice, Leadership*) auch in Zukunft eine Priorität der jährlichen Road Maps zum Gender Aktionsplan bleibt.

5. Es müssen mehr Fördermittel für zivilgesellschaftliche Organisationen bereitgestellt werden, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, vor allem für solche mit einem Fokus auf Mädchen und jungen Frauen.

Flexible Fördermechanismen nach dem Modell der niederländischen Regierung schaffen mehr Raum für eine reaktionsschnelle Planung, Pilotvorhaben und Lernerfahrungen.

6. Die politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen muss auf globaler Ebene sichtbarer werden.

Deutschland muss sein Engagement für Mädchen und junge Frauen über seine G7- und G20-Präsidentschaften hinaus aufrechterhalten, zum Beispiel, indem die enge Beziehung zu Frankreich dafür genutzt wird, das Thema prominent auf die Agenda der G7-Präsidentschaft von Frankreich 2019 zu setzen. Darüber hinaus muss das BMZ sich in allen Verhandlungen mit den Partnerländern für die Stärkung politischer Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen einsetzen.

7. Die Qualität der Daten zu Mädchen und jungen Frauen muss verbessert werden.

Das BMZ muss in allen Projekten, die Gleichberechtigung zum Ziel haben, alle Daten nach Geschlecht und Alter aufschlüsseln (disaggregieren). So können Mädchen und junge Frauen bei der Konzeption und Implementierung von Projekten systematisch als eigenständige Zielgruppe erfasst werden. Darüber hinaus sollten Deutschland und alle anderen Geberländer ihre Berichterstattung an die OECD verbessern, indem die Genderkennungen umfassend genutzt und Projekte genauer beschrieben werden. Dies würde die Vergleichbarkeit fördern und die Überprüfung der Fortschritte hinsichtlich SDG 5 erleichtern.



Gibt Kindern eine Chance

Plan International
Deutschland e.V.

Kontakt
Sonja Birnbaum
Leiterin Repräsentanz Berlin
Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 22 35 27 13

Fax: +49 (0)30 / 22 35 27 14

E- sonja.birnbaum@plan.de

www.plande

www.facebook.com/planDeutschland

www.twitter.com/PlanGermany